

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

**Enquetekommission
„Norddeutsche Kooperation“**

17. WP - 17. Sitzung

am Montag, dem 6. Juni 2011, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Markus Matthießen (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Bernd Jorkisch

Martin Habersaat (SPD)

Anette Langner (SPD)

Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)

Anita Klahn (FDP)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Gitta Trauernicht (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung zum Themenfeld „Energiepolitische Kooperationswege sowie regenerative Energien“	4
2. Diskussion der Ergebnisse	29
3. Verschiedenes	29

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Enquetekommission fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung zum Themenfeld „Energiepolitische Kooperationswege sowie regenerative Energien“

a) Erster Block

Es erhält Herr Detlef Palm vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU), Landesgruppe Nord, das Wort. Herr Palm merkt zu Beginn an, dass es beim Beratungsgegenstand norddeutscher Kooperation früher eher um die Schaffung gemeinsamer Behörden und Dienststellen gegangen sei, worauf er in seinem Vortrag auch noch eingehen wolle. Er begrüße es ausdrücklich, dass der VKU als Anzuhörender der Enquetekommission geladen worden sei und dass das Thema Energiepolitik in diesem Gremium thematisiert werde. Besondere Aufmerksamkeit gelte den aktuellen Beschlüssen des Bundeskabinetts im Kontext der Energiewende. Er beziehe sich bei seinen Ausführungen auf die schriftlich eingereichte Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/112), die er zur Sitzung mitgebracht habe. Er könne allerdings nicht für die großen Netzbetreiber sprechen.

Der VKU sei insgesamt für ungefähr 40 Stadt- und Gemeindewerke zuständig. Hierbei handle es sich im Wesentlichen um diejenigen in den kreisfreien Städten Kiel, Flensburg, Neumünster, Lübeck sowie die in den mittleren Städten von Husum bis Eckernförde sowie von Heide bis Geesthacht. Diese seien auch in sehr vielen kleineren Städten und Gemeinden vertreten. Von den Mitgliedsunternehmen des VKU würden zehn das Wort „Gemeindewerk“ in ihrem Namen tragen. Auch diese würde teilweise seit Jahrzehnten ihr Geschäft sehr erfolgreich bestreiten. In Schleswig-Holstein würde die Hälfte aller Bürger und Verbraucher im Bereich der Stromversorgung von Stadt- und Gemeindewerken versorgt. Die andere Hälfte entfielen auf E.ON Hanse. Beim Netz sehe dieses anders aus. Hier habe E.ON Hanse den größeren Anteil und die Stadtwerke den kleineren wegen der ländlichen Fläche und Räume. Die Stadt- und Gemeindewerke seien im Moment wieder in einer Phase des Aufwinds. Diese seien vor 15 bis 20 Jahren schon einmal nach der Liberalisierung der Energiesparte fast totgesagt worden. In Deutschland insgesamt gehe es ungefähr 800 Stadtwerken wieder sehr gut und

diese erfreuten sich bester Gesundheit. Hier gebe es Wellenbewegungen in ganz Deutschland. Vor 20 Jahren hätten viele Städte ihre Sparten privatisiert. Auch Hamburg sei dabei gewesen. Nach dieser Phase der Privatisierung gebe es jetzt die „Rolle rückwärts“. Für den VKU sei dieses eine günstige Entwicklung aber auch die ungleich schwerere. Neben den schon lange vorhandenen Stadtwerken gebe es derzeit einige Neugründungen. Beispiele hierfür seien zahlreiche Neugründungen wie in Brunsbüttel, Heiligenhafen, Uetersen und andernorts werde dieses derzeit noch überlegt. Viele Kommunen entschieden sich auch für Kooperationen mit benachbarten Stadtwerken. Viele Kommunen stünden derzeit vor zwei Entscheidungen. Es stelle sich zum einen die Frage von Konzessionsverlängerungen und zum anderen die Frage des Netzbetriebes. Diesbezüglich gebe es ein Angebot von E.ON Hanse für Schleswig-Holstein. Der VKU als Verband würde von diesem Angebot eher abraten. Im Moment halte es sich die Waage. Viele Kunden hätten sich für das Angebot entschieden, andere gingen zu benachbarten Stadtwerken und würden ihre Regionalversorger aus vielen guten Gründen verlassen. Zurzeit sei eine breite Bewegung der Kommunalisierung zu verzeichnen, was zeige, dass die Stadtwerke in Schleswig-Holstein ein nicht unbedeutender Faktor bei der Versorgung der Bevölkerung seien. Im Bereich der Netze sehe dieses anders aus. Die Stadt und Gemeindewerke seien nicht die großen Betreiber der 380-kV-Leitungen. Was die Fragen länderübergreifender Zusammenarbeit und des Ausbaus der neuen Trassen im Zuge der Energiewende betreffe, seien Betreiber wie TenneT und E.ON Netz einzubeziehen und von diesen eine Stellungnahme zu erbitten. Hier könne der VKU nur begrenzt zur Seite stehen.

Er habe drei Stichworte für denkbare Schritte für länderübergreifende norddeutsche Kooperationen benannt.

Das Erste sei, so simpel es auch klinge, ein Erfahrungsaustausch. Das Zweite sei dann Kooperation auf verschiedenen Gebieten und das Dritte seien dann in der Tat gemeinsame Einrichtungen und Projekte. Beim Erfahrungsaustausch werde es für die Durchsetzung und Verwirklichung der Energiewende erforderlich sein, dass sich alle Akteure auf verschiedenen Ebenen wie Politik, Verwaltung oder Privatwirtschaft sich noch viel stärker miteinander austauschten, abstimmten und miteinander redeten als es bisher der Fall gewesen sei. Er habe in seiner schriftlichen Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/112, S. 2) ein Beispiel zitiert. In Mecklenburg-Vorpommern sei kürzlich in Neustrelitz ein neues Landeszentrum für Erneuerbare Energien mit einem Grundstein versehen worden, welches im Herbst eröffnet werde. Er habe dort niemanden aus Schleswig-Holstein und aus Niedersachsen gesehen. Aus seiner Sicht sei dieses ein typisches Beispiel. Man müsse viel mehr voneinander wissen und zur Eröffnung dieses Zentrums im Herbst 2011 müsse dieses anders werden. In einem solchen Zentrum werde die Vernetzung mit Wirtschaft, Handwerk und Hochschulen dargestellt und vorbereitet. Wenn die Windenergiemesse in Husum stattfinde oder in Rendsburg oder Neumünster inte-

ressante energiepolitische Veranstaltungen stattfänden, käme so gut wie niemand aus den Nachbarländern. Die norddeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen hätten ähnliche Energiekonzepte mit Betonung der erneuerbaren Energien parallel zur Kernenergie. Mit dieser Glaubensfrage gehe es aus seiner Sicht immer auf und ab, je nach aktueller Lage im Bund und den internationalen Entwicklungen. Regenerative Energien hätten sich alle Akteure auf die Fahne geschrieben. Hier könne man noch mehr machen. Herr Palm merkt an, dass die Fachminister und Staatssekretäre sich untereinander in Fragen der Energiepolitik austauschen. Jedoch stelle er an die Enquetekommission die Frage, wann der Schleswig-Holsteinische Landtag jemals mit den Landtagen der unterschiedlichen norddeutschen Länder sowie die zuständigen Wirtschafts- oder Umweltausschüsse der Landesparlamente diesbezüglich zusammen getagt hätten. Nach seiner Einschätzung würden diese gemeinsamen Sitzungen viel zu selten stattfinden.

In Hamburg gebe es derzeit eine interessante Entwicklung im Bereich der Rekommunalisierung durch ein Volksbegehren zur Rückholung der Netze. Auch hier wäre aus seiner Sicht Beratung durch Landesregierungen und politische Fraktionen denkbar. Im VKU gebe es eine Landesgruppe Nord, mit räumlicher Ausdehnung auf Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, sodass in gemeinsamen Vorstandssitzungen, gemeinsamen Arbeitsgruppen zu Themen wie Breitband, Elektromobilität oder Biogas beraten werde. Dieses sei ein übergreifender Austausch in den drei Ländern. Dies sei aus Sicht des VKU in anderen Gremien zu wenig der Fall. Das Zwischenfazit zu diesem Aspekt aus Sicht des VKU sei, dass beim Erfahrungs- und Informationsaustausch länderübergreifend noch viel mehr möglich sei. Angesichts ähnlicher Strukturen und sowie ähnlicher energiepolitischer Ziele der norddeutschen Länder empfehle der VKU die Stärkung solcher Austausche und Kooperationen.

Es sei zu verzeichnen, dass die Kooperationen im Land Schleswig-Holstein sehr stark zunehmen würden. Zum einen gebe es solche zwischen den Stadtwerken als Energieversorger untereinander. So kooperierten beispielsweise Kiel, Lübeck und Stockelsdorf in einer Allianz miteinander. Zum anderen gebe es auch zunehmend Kooperationen zwischen Stadtwerken und neuen kommunalen Partnern aus dem Umland. Diese Entwicklung zu Kooperationen der Stadt- und Gemeindewerke untereinander diene durchaus der Vergrößerung der Netzstrukturen bei Stadtwerken und damit auch der Effizienzsteigerung. Gelegentlich werde von den Kritikern der Rekommunalisierung gerne die Vokabel von der zunehmenden „Zersplitterung der Netze“ in Schleswig-Holstein verwendet. Dieses sei sachlich falsch. Es finde keine zunehmende Zersplitterung der Netze statt, sondern lediglich die Änderung der Eigentümerstrukturen einiger Netze statt. Häufig gebe es sogar Zusammenschlüsse zu größeren Strukturen bei Stadtwerken, außer an den genannten Stellen, wo Neugründungen stattfinden würden. Im Wesentlichen seien es zunehmende Kooperationen, jedoch selten länderübergreifend. Ein sehr

weitgehendes länderübergreifendes Beispiel sei in Lauenburg und Boizenburg zu beobachten. Hier habe es früher eigene kleine Stadtwerke gegeben. Hier seien die „Versorgungsbetriebe Elbe“ gegründet worden, welche ländergrenzenübergreifend ihre kleine örtliche Energiepolitik und Versorgung gemeinsam betreiben würden. Ähnliche Überlegungen und Gespräche gebe es auch bei der „Vereinigte Stadtwerke GmbH“ in Ratzeburg und den Stadtwerken in Lübeck. In Mecklenburg-Vorpommern gebe es umgekehrt Überlegungen bei der WEMAG AG in Schwerin. Dieses sei eine interessante Gesellschaft. Diese sei bis vor kurzem eine Tochter von Vattenfall AG gewesen und dann veräußert worden. Übernommen worden sei diese dann von einem kommunalen Konsortium des Mecklenburgischen Städte- und Gemeindetages. Anteilseigner seien zurzeit 246 Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses sei auch ein prominentes Beispiel unter weiteren für Rekommunalisierung. Diese Gesellschaft interessiere sich für die eine oder andere unterstützende Kooperation in Schleswig-Holstein. Aus seiner Sicht könne man in dieser Hinsicht noch mehr als bisher aufeinander zugehen. Man müsse festhalten, dass die Strukturen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ähnlich seien und daher Kooperation noch viel stärker stattfinden könne. Er habe in seiner schriftlichen Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/112, S. 3) einen skurrilen Nebeneffekt der Kooperation zwischen Lauenburg und Boizenburg dargestellt. Das Unternehmen „Versorgungsbetriebe Elbe“ sei eigentlich keinem der beiden Bundesländer so richtig zuzuordnen, sodass man im Bezug auf Aufsichts- und Genehmigungsbehörden gleich auf der Bundesebene anhängig sei wie ein größerer länderübergreifender Konzern. In übrigen Fällen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sei für das Thema Regulierung derzeit der Bund zuständig. Es finde eine sogenannte Organleihe - so nenne sich dieses juristisch - bei der Bundesnetzagentur statt. Die Länder die eigentlich ihre eigenen Landesregulierungsbehörden hätten, hätten diese Aufgabe abgegeben. Schleswig-Holstein zahle dafür jährlich 200.000 € und Mecklenburg-Vorpommern jährlich 100.000 €.

Es gebe in vielen Bereichen schon gemeinsame Einrichtungen und Behörden mit Hamburg und auch Mecklenburg-Vorpommern. Es stelle sich auch die Frage, ob man das Thema Regulierung wieder in die Landesebene zurückholen könne. Viele Mitgliedsunternehmen des VKU beklagten seit fünf Jahren die andauernde Organleihe bei der Bundesnetzagentur. Dieses hänge damit zusammen, dass man sich dort zum einen in unschöner Art und Weise überheblich abfertigen lassen müsse. Zum Teil seien die Bescheide für die betroffenen Stadtwerke ungünstig, die diesen wenig Luft ließen für das, was momentan an Investitionen für den Netzausbau und andere Anlagen zur Förderung der erneuerbaren Energien nötig sei. Unternehmen wie E.ON würden insgesamt bei der Regulierung aus seiner Sicht besser behandelt. Die Regulierung auf der Bundesebene sei nach seiner Auffassung eine sehr knapp bemessene. Die Gewinnabschöpfung werde dort relativ rigoros im Sinne der Verbraucher für geringe Energie-

preise betrieben. Es stehe aber derzeit die Frage im Raum, ob man in einer Phase, in der man auf Netzausbauten und Ausbauten für erneuerbare Energien zusteure, die Unternehmen wirtschaftlich fit mache für die Ermöglichung der Investitionsnotwendigkeiten. Er wolle dafür plädieren, das Thema einer Regulierung auf der Länderebene wieder aufzunehmen. Denkbar sei die Regulierung der Netze auf der Landesebene durch möglicherweise eine gemeinsam geschaffene länderübergreifende Regulierungsbehörde. Der VKU habe dieses im letzten Jahr auch schon einmal im Landtag deutlich gemacht und es habe einen Antrag der Oppositionsfractionen gegeben, der dem Ablehnungsschicksal anheimgefallen sei. Angesichts der jüngsten Entwicklungen im Rahmen der Energiewende empfehle er diesen Schritt erneut zu diskutieren. Die Frage der Landeszuständigkeit für die Regulierung sei in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag auch diskutiert worden. Sowohl Schleswig-Holstein als auch Mecklenburg-Vorpommern fühlten sich derzeit „zu klein“, um die Aufgabe der Regulierung selbst zu übernehmen. Der zuständige Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Seidel, habe Sympathie für die Idee zum Ausdruck gebracht, eventuell zu diesem Thema einmal über eine gemeinsame Landesanstalt nachzudenken. Er wisse aber auch, dass es nicht in die Zeit passe, neue Stellenpläne auszuweiten oder neue Behörden zu schaffen und die Entwicklung eigentlich gegenteilig sei. Herr Palm regt aber trotzdem an, dass die Möglichkeit einer Schaffung einer gemeinsamen norddeutschen Landesregulierungsanstalt erneut geprüft werde.

Abschließend wolle er anmerken, dass die die VKU-Mitgliedsunternehmen konstruktiv und kooperativ beiseite stünden für den Bereich, wo Stadtwerke und Stadtwerknetze beim Netzausbau mit betroffen seien, um dieses Thema mit zu bewältigen. Der VKU habe kürzlich ein Gespräch mit der norwegischen Firma Statnett geführt, welche staatlich sei. Herr Palm weist darauf hin, dass es sich bei der Stromversorgung um den Bereich der Daseinsvorsorge handle, der aus seiner Sicht in öffentliche Hand gehöre und nicht so sehr in private. In Norwegen sei im Bereich der Energieversorgung auch vieles staatlich wie Statoil, Statkraft. Angedacht sei eine Kooperation in der Energieversorgung mit Norwegen. Es sei eine Leitung nach Brunsbüttel angedacht. Die gewonnene Kraft aus regenerativen Energiequellen, die bekanntlich nicht zu allen Tages- und Jahreszeiten da sei, solle in norwegischen Pumpspeicher- und Wasserkraftwerken gespeichert werden, um diese dann bei produktionsschwachen Zeiten in Deutschland wieder anwenden zu können. Aus seiner Sicht sei dieses ein großes und teures Projekt, es habe aber den erheblichen Reiz, dass sie helfen könne, manche schwierige Trassendiskussion im verdichteten Hamburger Rand zu beeinflussen. Ebenfalls könne diese Projekt auch Einfluss auf die Frage haben, wo der Weg nach Niedersachsen Richtung Ruhrgebiet und Süddeutschland gewählt werden solle. Gänzlich werde dieses Projekt die Trassendiskussion aus seiner Sicht wohl nicht ersparen, da beides benötigt werde. Die genannte Kooperation mit Norwegen solle aus seiner Sicht weiterverfolgt werden. Die Mitgliedsunternehmen des

VKU seien in diesem Projekt gewiss nicht der größte Investorenpartner. Es sei aber geplant, im Kreise der Mitgliedsunternehmen zu diskutieren, ob man mit einem kleinen Anteil gemeinsam in ein solches Projekt einsteigen könne.

Zum Abschluss empfiehlt Herr Palm den Mitgliedern der Enquetekommission unbedingt, im Bereich der Energiepolitik eine länderübergreifende Kooperation der fünf norddeutschen Bundesländer zu suchen, zu vertiefen und zu verstärken. Der VKU stehe diesbezüglich konstruktiv zur Seite.

Auf eine Frage des Abg. Jezewski zu den Versorgungsanteilen der Stadtwerke antwortet Herr Palm, dass die Beteiligungsverhältnisse in den Stadtwerken jeweils sehr stark unterschiedlich seien. Es gebe zu 100 % kommunale Unternehmen. Sehr viele von den 40 Genannten seien das. Es gebe aber auch sogenannte „Zebras“. Dieses seien Unternehmen, die eine Beteiligung eines größeren oder auch anderen kleineren Unternehmens in sich tragen würden. In den Gesellschafterversammlungen werde dann gemeinsam die Linie festgelegt. So unterschieden sich die vier kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster voneinander. In Flensburg seien die Stadtwerke zu 100 % kommunal, die anderen drei seien es nicht. In Kiel sei die MVV mit beteiligt. Die MVV habe wiederum eine noch viel kompliziertere Konstruktion, in der nicht nur Private beteiligt seien. Dieses werde teilweise Kiel auch kritisch vorgehalten. In Lübeck gebe es eine Mischung bei den Anteilseignern. Hier sei als Minderheitsgesellschafter die dänische DONG mit beteiligt. In Neumünster sei E.ON Hanse bis vor kurzem mit beteiligt gewesen. Dort sei von E.ON Hanse der 25-prozentige bisherige Anteil an die Stadt zurückgegeben worden. Dafür habe man die bereits genannte Schleswig-Holstein Netz AG in Neumünster angesiedelt, in welche Neumünster sein städtisches Netz eingebracht habe. Dieses Beispiel werde gerne von den Verfechtern der Netzgesellschaft zitiert. Es gebe sogar Städte, die bisher ihr eigenes Netz gehabt hätten und dieses in diese Gesellschaft einbringen würden. Neumünster sei ein Sonderfall. Aus seiner Sicht würde er keinem anderen raten, diesen Weg zu gehen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Jezewski zur Anbindung an das dänische Netz antwortet Herr Palm, dass Skandinavien bei Kooperationen aus seiner Sicht genauso wie die norddeutschen Bundesländer mit einzubeziehen sei. Die Stromversorgung mache vor der Grenze nicht Halt. Was allerdings dort rechtlich möglich sei oder auch nicht, könne er jetzt schlecht beurteilen. Es gebe aber bereits - wie das Beispiel Flensburg - erhebliche Kooperationen mit dänischen Versorgern und Netzbetreibern. Dieses solle bei dem Gedanken norddeutscher Kooperation unbedingt gleich mit einbezogen werden. Die bereits erwähnte dänische DONG sei hier

ein Beispiel. So wie es dänische Player auf dem deutschen Markt gebe, so gebe es auch deutsche auf dem dänischen Markt. Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien könne man bezüglich der Technik als auch der Betriebsstruktur vieles lernen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Jezewski zu der Kooperation Trianel antwortet Herr Palm, dass dieses ein bundesweiter Zusammenschluss einiger meistens größerer Stadtwerke sei. Daneben seien auch einige schleswig-holsteinische Unternehmen Mitglied. Die von ihm erwähnte Nordlandkooperation von Stadtwerken im östlichen Schleswig-Holstein sei ein Beispiel, welches Schule mache und geprüft sowie teilweise auch vollzogen werde. Diese Zusammenschlüsse fänden teilweise bei Vertrieb, bei Vermarktung, beim Verkauf, beim Thema Netz, beim Thema Strategien, beim Thema Abrechnung statt. So müsse nicht jeder das Rad neu erfinden. Man könne sich gegenseitig ergänzen und mit Größeren zusammen Erfahrungen einholen. Insgesamt seien Zusammenschlüsse von Stadtwerken als Prozess in ganz Deutschland, ganz besonders aber in Schleswig-Holstein aktiv in Gang.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau zur Beteiligung von Niedersachsen bei den Kooperationen antwortet Herr Palm, dass in Niedersachsen die simple geografische Grenze ein größeres Hindernis zu sein scheine als es beispielsweise zu Mecklenburg-Vorpommern bisher die politische gewesen sei. Daher finde wenig Kooperation statt. Im Hinblick auf Hamburg gebe es sehr viel größere Offenheit und es gebe einige, welche die Landesgrenze täglich überschritten und dieses gar nicht mehr merkten. Es seien am Hamburger Rand eher künstliche Verwaltungsgrenzen. Kooperationen seien da einfacher sowohl was die persönlichen Kontakte zwischen den Verantwortlichen angehe, die solche Kooperationen dann ins Werk setzten, als auch die technischen Möglichkeiten. Die Elbe sei zumindest westlich von Hamburg schon für kleinere Kooperationen ein größeres Hemmnis. Östlich von Hamburg sei es einfacher, was man an dem Beispiel Lauenburg/Boizenburg sehe. Derartige Kooperationen müssten allerdings auch erst einmal in Gang kommen und die Verantwortlichen miteinander reden, was aus Sicht des VKU noch zu wenig statfinde.

Auf eine weitere Frage der Abg. Strehlau antwortet Herr Palm, dass politische Rahmenbedingungen aus seiner Sicht den Kooperationen nicht im Wege stünden. Es gebe zwar in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Kommunalverfassungen. In Mecklenburg-Vorpommern werde die Kommunalverfassung gerade novelliert. In den Gemeindeordnungen sei das sogenannte Gemeindefirtschaftsrecht geregelt, was die Kommunen in diesem Bereich tun dürften. Hier gebe es ein Wechselspiel. Es gebe Interessen von Vereinen und Verbänden, welche die Stadtwerke als kommunale Unternehmen eher zugunsten der Privatwirtschaft ein-

schränken wollten. Es gebe andere Interessengruppen, die vertreten würden, dass Stadtwerke im Rahmen des Wettbewerbs nicht verboten werden könnten und sich auch überörtlich betätigen dürften. Dieses Thema sei in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht ganz ausdiskutiert. Der VKU habe sich hier mit der Vereinigung der privaten Unternehmensverbände in Mecklenburg-Vorpommern gestritten. Hier würde seitens des Privatsektors das Engagement der Stadtwerke kritisch gesehen und negative Beispiele überbetont. Die Stadtwerke sollten sich auf die Kernbereiche der Daseinsvorsorge wie Strom, Gas, Wasser, teilweise auch Nahverkehr konzentrieren. Aus seiner Sicht könne man bei der Betätigung der Stadtwerke nicht von Staatswirtschaft sprechen. Wenn die Stadt- und Gemeindewerke in Schleswig-Holstein nicht solche schlagkräftigen effizienten Unternehmen wären, wie sie es heute seien, dann könnten sie im heutigen Markt überhaupt nicht mehr bestehen. Es sei aus seiner Sicht ein Märchen, dass diese langsame, träge, von Nichtfachleuten durchgesetzte Unternehmen seien. Der Vorwurf werde allerdings von einigen Leuten immer wieder gerne erhoben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er die Verhältnisse in Lauenburg bezüglich der Gründungsphase genau kenne und er daher noch etwas zur Frage der politischen Rahmenbedingungen ergänzen wolle. Dieses sei das erste deutsch-deutsche Joint Venture bei Stadtwerken gewesen. Es habe dann eine Änderung der Gesellschaftsform gegeben. Es sei sicherlich nicht einfach gewesen, dieses mit Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein abzugleichen. Wenn aber beide Seiten gewillt seien, einen Weg zu finden, dann finde man ihn auch. Man könne auch Hürden aufbauen, wenn man wolle. Wenn man dem allerdings positiv gegenüberstehe, müssten es keine unüberwindbaren Hürden sein.

Auf eine Frage des Abg. Detlef Matthiessen zur Schaffung einer gemeinsamen norddeutschen Regulierungsbehörde antwortet Herr Palm, dass das von ihm genannte Beispiel aus seiner Sicht am ehesten der Realisierung zugeführt werden könnte. Das Land Niedersachsen erwäge derzeit ernsthaft, die Regulierung zurück zum Land zu holen. Der zuständige Wirtschaftsminister dort, der längere Zeit sehr skeptisch und dagegen gewesen sei, scheine dieses ins Werk setzen zu wollen. Auch eine Mehrländeranstalt könne man sich vorstellen. In Hamburg sei dieses anders, weil die dort ansässigen Versorgungsunternehmen aufgrund ihrer Größe der Bundesnetzagentur unterlägen. Eine hamburgische Landesregulierungsbehörde sei daher nicht angesagt. Der letzte Hamburger Senat unter schwarz-grüner Führung habe vor zwei Jahren eine neue Energiefirma gegründet, weil sich inzwischen die Meinung verfestigt habe, dass der Verkauf der HEW und von HeinGas vor 15 Jahren ein Fehler gewesen sei. Der Senat unter Ole von Beust habe eine 100-prozentig kommunale Firma, die Hamburg Energie, in Hamburg gegründet. Diese habe innerhalb von zwei Jahren nach seiner Information 40.000 Strom- und Gaskunden bekommen können. Das sei für eine Metropole wie Hamburg noch nicht viel. Hier gehöre aus seiner Sicht mindestens noch einmal eine Null hintendran. Die Entwicklung stim-

me aber aus seiner Sicht wenigstens. Zu berücksichtigen sei aber auch, dass der Markt sehr stark umkämpft sei. Die privaten Verbraucher würden zum Wechseln animiert. Aus seiner Sicht sei ein privater Verbraucher bei Stadtwerken gut aufgehoben. Der neue Senat in Hamburg habe bisher gesagt, wenn es in zwei Jahren zum Auslaufen der Konzession für Strom und Gas in Hamburg komme, könne man sich für eine neue Netzgesellschaft eine 25,1-prozentige städtische Beteiligung vorstellen. Dieses habe Bürgermeister Olaf Scholz in seinem Regierungsprogramm bisher so angedacht. Dies sei aus Sicht von Herrn Palm ein Schritt in die richtige Richtung, könne aber durchaus auch mehr sein. In Hamburg müsse man angesichts des Verkaufs von HEW-Anteilen über erst 75 %, dann 50 % und dann 25 % in schmerzlicher Erinnerung haben, wie wenig man mit 25 % strategisch noch machen könne. Er gebe aber zu, dass Fragen des NetZRückkaufes teuer seien. Man wolle daher sicherlich in Hamburg einen behutsamen Einstieg angehen.

Auf eine Frage des Abg. Detlef Matthiessen, welche Netzteile einer neuen Netzagentur im Mehrländermodell unterlägen, antwortet Herr Palm, dass es hier eine quantitative Grenze gebe. Momentan sei dieses nur die neu gegründete Gesellschaft Hamburg Energie. In dem Moment, wo es bestimmte Kilowattzahlen und Kundenzahlen übersteige, sei dann wieder der Bund zuständig. Die genaue Zahl habe der derzeit nicht im Kopf, könne er aber nachreichen.

Auf eine Frage der Abg. Langner, ob aus energiepolitischer Sicht etwas für die Fusion von Hamburg und Schleswig-Holstein spräche, antwortet Herr Palm, dass diese Frage schwierig aus dem Stand zu beantworten sei. Die derzeitigen Landesgrenzen würden nach seiner spontanen Einschätzung nicht verhindernd wirken oder unüberbrückbar sein. Eine Länderfusion würde durch die Vereinheitlichung von Genehmigungs-, Regulierungs- und Aufsichtsfunktionen einiges erleichtern. Dieses können in der gegenwärtigen Phase, wo man über neue Trassen und Stromaustobahnen et cetera sprechen würde. Dieses reiche von den großen Raumordnungsplänen bis hin zur einzelnen kommunalen Planung, die erleichtert würde. Das Thema Länderzusammenschluss sei nach seiner Wahrnehmung nach dem Scheitern der Fusion von Berlin und Brandenburg zugunsten einer Zusammenarbeit eine Ebene tiefer durch Staatsverträge, gemeinsame Einrichtungen, Behörden und Dienststellen beiseitegelegt worden. Für Hamburg und Schleswig-Holstein sei auch ein wesentlicher Druckpunkt, wer Landeshauptstadt werden solle. Lübeck sei der christliche Vorschlag gewesen. Wünschenswert wäre aus Sicht des VKU unter verschiedenen Aspekten die Neuanschiebung auch der Länderdiskussion. Dieses sei erst der über-übernächste Schritt. Man könne derzeit aus seiner Sicht insbesondere durch das Thema Erfahrungsaustausch voneinander lernen. Man könne ein gemeinsames Landeszentrum für erneuerbare Energien schaffen und nicht alle fünf norddeutschen Länder für sich. Man könne dieses beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern errichten, während

man in Schleswig-Holstein etwas anderes ansiedle. Nach seiner Auffassung sei der Ergänzungsfaktor unter den Bundesländern noch stärker nutzbar als es bisher der Fall sei.

Auf eine Frage von Herrn Jorkisch, ob es denn auch einen Trend zu mehr Wettbewerb und attraktiven Energiepreisen gebe, antwortet Herr Palm, dass es in Deutschland immer Wellenbewegungen bei der Organisationsform der Energieversorger gebe und momentan die Stadtwerke wieder gefragt seien, weil die Kunden mit größeren Strukturen nicht so zufrieden seien. Die Stadt- und Gemeindewerke gebe es schon seit vielen Jahrzehnten und einige hätten bereits ihr 100-jähriges Jubiläum hinter sich. Diese seien gut gerüstet und keineswegs könnten nur die großen Anbieter auf dem Markt die Versorgung sicherstellen. Aussagen, wonach nur die großen Anbieter gut gerüstet seien, seien aus seiner Sicht falsch. Die Stadtwerke hätten sich bei Gerätschaften und Notstrom zusammengeschlossen, um auch Situationen wie beispielsweise Schneekatastrophen bewältigen zu können. Anderslautende Äußerungen zu kommunalen Lösungen hierzulande seien aus seiner Sicht Bangemacherei. Die Stadtwerke seien im Grunde aufgrund ihrer dezentralen Strukturen und ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen prädestiniert dafür, die Wende hin zu dezentralen Strukturen auch wirklich durchführen zu wollen. Er wolle die großen Mitbewerber auf dem Markt nicht schlecht reden. Diese hätten viele gute Techniker und vor Ort würden die Stadt- und Gemeindewerke mit den großen kooperieren. Die großen Energieversorger seien aber nach wie vor im Wesentlichen am Erhalt ihrer Kraftwerkskapazitäten interessiert. Sicherlich könne man sich auch einen Windpark, eine Biogasanlage oder eine Photovoltaikanlage anschauen, die E.ON Hanse betreibe. In den Städten bauten aber meistens örtliche Stadtwerke kleine Blockheizkraftwerke (BHKW). Diese würden das BHKW dann auch fahren, anschließen und versorgen und seien bei diesen Techniken auch fit. Diese Techniken würden zunehmend auch kommen. Er habe einmal mit dem E.ON Hanse Vorstand über dieses Thema gesprochen. Er habe ohne Rückendeckung seines Verbandes zu Herrn Tiessen gesagt, dass man aus seiner Sicht eine landesweite neue Netzgesellschaft ins Leben rufen könnte. In dieser Netzgesellschaft müsste E.ON Hanse vielleicht 35, 40 oder 45 % der Anteile haben und nicht 50,1 %. Er habe Herrn Thiessen mitgeteilt, dass es ein Fehler sei, 50,1 % der Anteile haben zu wollen. Man könne sich ein Beispiel an der Gesellschaft Thüga nehmen, welche ein großes Unternehmen sei. Diese sei kommunalisiert worden und habe es seit Jahrzehnten erfolgreich geschafft, mit Minderheitenbeteiligungen an über 100 Stadtwerken inhaltlich trotzdem den Ton anzugeben. Diese habe Expertisen im kaufmännischen Bereich sowie im technischen und energiepolitischen Bereich eingebracht. Konzessions- und Netzfragen seien für die kommunale Ebene eben schwierige Materien. Eine Kooperation mit E.ON Hanse sei denkbar, allerdings aus Sicht des VKU nicht zu den von E.ON Hanse erstrebten Mehrheitsverhältnissen. Aus seiner Sicht seien die Stadtwerke die ernsthaftesten und glaubwürdigsten Vertreter der Energiewende und deren Verwirklichung auf der dezentralen Ebene. Der VKU stünde hierfür kooperativ und konstruktiv bereit. Man

müsse jetzt erst einmal nachlesen, was heute in Berlin alles beschlossen worden sei. Es gebe hier manche Herausforderung. Wenn es im Kontext der Energiewende um die großen Dinge gehe, seien auch andere mit gefragt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Frage von Herrn Jorkisch nach dem Anteil der Eigenproduktion der Stadt- und Gemeindewerke noch offen sei.

Herr Palm antwortet hierauf, dass der Eigenanteil der Stromproduktion bei den kommunalen Stadtwerken bundesweit sehr gering sei und bei etwa 10 % liege. Die Versorgung der Kunden liege bei ungefähr 55 % in Deutschland trotz der vier genannten großen Energieversorger. Dieses sei ein noch deutlich auseinandergehendes Verhältnis. Dieses werde sich aus seiner Sicht in Richtung 15, 20 oder 25 % erweitern lassen. Technisch und kaufmännisch werde das möglich sein. In der Energieproduktion seien die Stadtwerke nicht die wesentlichen Anbieter, sondern bei Vertrieb und Netz.

Herr Jorkisch stellt die Nachfrage, ob er richtig verstanden habe, dass im Kontext von Arbeitsteilung im Norden es für die Stadt- und Gemeindewerke einfacher werde, den Anteil von Eigenproduktion zu erhöhen und sich die skizzierte Disparität angleichen könne.

Herr Palm antwortet hierauf, dass dieses dann aber auch davon abhängen würde, wie die Investitionsmöglichkeiten für kleinere und mittlere Stadtwerke dann seien. Er habe bereits die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur angesprochen, welche für derartige Investitionsmöglichkeiten relativ wenig Raum lasse. Es gebe im Rahmen der Energiewende Novellierungen mit einem riesigen Paket von Gesetzen. Beispielsweise seien dies Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die Stadt- und Gemeindewerke hätten bei diesen Gesetzespaketen auch über ihre Bundesverbände Stellung bezogen. Einigen Anregungen werde aus seiner Sicht gefolgt werden, anderen nicht. Die Möglichkeiten, für die Stadtwerke im Bereich der Produktion stärker tätig zu werden, können dadurch eventuell verbessert werden. Die 40 Stadt- und Gemeindewerke in Schleswig-Holstein sowie in anderen Bundesländern würden vereinzelt im Bereich von Biogasanlagen, Photovoltaik etwas in Gang setzen. Aus seiner Sicht sei im Bereich der Windkraft die Beteiligung der Stadt- und Gemeindewerke viel zu zaghaft sei und man stärker zueinander kommen könne und müsse. Es hätten sich auch Stadtwerke derzeit an dem neuen Windpark in der Ostsee an der mecklenburgischen Ostseeküste beteiligt. Solche Beteiligungen würden sich aus seiner Sicht verstärken. Die Möglichkeit für ein finanzielles Engagement der Stadt- und Gemeindewerke auf diesem Sektor, müsse noch besser gegeben sein.

Auf eine Frage des Herrn Abg. Jezewski zu dezentralen Strukturen und der Frage von Bau- und Trassenplanung antwortet Herr Palm, dass er bereits angedeutet habe, dass es im Bereich der Kooperation gemeinsamer Dienststellen einige Möglichkeiten aus Sicht des VKU gebe. Die kommunalen Unternehmen im VKU seien nicht die großen Player im Übertragungsnetzausbau, sondern eher im Verteilnetzbereich. Hier gebe es aus seiner Sicht jedoch auch in nächster Zeit genug zu tun und jedes einzelne Stadtwerk müsse für sich seine Netzkapazitäten, seine Netzsicherheit überprüfen und eventuell erweitern und verbessern. In diesem Sektor bräuchten die Stadt- und Gemeindewerke den Vergleich zu ihren großen Mitbewerbern nicht zu scheuen. Generell sei zu sagen, dass in Deutschland die Netzausfallzeiten erfreulicherweise sehr gering seien. Diese seien mit 18 Minuten durchschnittlich in Deutschland viel geringer als im viel gelobten Land USA. Bei den Stadt- und Gemeindewerken lägen die Netzausfallzeiten sogar noch darunter. Im städtischen Raum sei es einfacher diesbezüglich bessere Werte zu erzielen als in der Fläche. Er habe die Hoffnung und sei auch überzeugt, dass die Stadt- und Gemeindewerke ihre Rolle -Versorgung der Hälfte der Bevölkerung mit Strom und Gas- neben E.ON Hanse spielen würden. Es müsse eine Rollenteilung zwischen den großen privaten Anbietern und Stadtwerken geben. Die Stadtwerke behaupteten sich im Wettbewerb und diese könnten nicht „eingedampft“ und eingeschränkt werden. Er glaube, dass der Wettbewerb dem Energiesektor gut getan habe. Es habe an der einen oder anderen Stelle sowohl bei den traditionellen Anbietern als auch bei sogenannten „Öko-Anbietern“ Auswüchse gegeben. Der Wettbewerb sei gut und der VKU stehe dazu. Er wolle ausdrücklich betonen, dass die Stadt- und Gemeindewerke keine Schonbereiche oder gar bevorzugt werden wollten. Es sei aber wichtig, dass die Stadt- und Gemeindewerke gleichberechtigt agieren könnten. Es sei aber gelegentlich darüber nachzudenken, ob es bei der Novellierung im Bereich der Kommunalverfassung nicht auch Möglichkeiten für überörtliche Betätigungen geben könne. Als Beispiel dürfe dann das Stadtwerk Eckernförde Kunden im Land werben dürfe oder vielleicht sogar darüber hinaus. Denkbar sei auch, dass man sich in der Nachbarkommune als Anbieter für Netz- und Vertrieb betätigen oder eine Kooperation mit einem rheinland-pfälzischen oder bayerischen Unternehmen eingehen dürfe beispielsweise, im Bereich der EDV. Dieses seien wichtige Aspekte, die in Schleswig-Holstein dankenswerterweise möglich seien und auch von der Landesregierung und von den Aufsichtsbehörden toleriert werden oder sogar erlaubt seien. In den anderen Bundesländern sei dieses teilweise für die dort ansässigen Stadt- und Gemeindewerke etwas schwieriger. In Mecklenburg-Vorpommern werde derzeit eine Novellierung vorgenommen.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu dem Ausbau kommunaler Daseinsvorsorge und den Rahmenbedingungen antwortet Herr Palm, dass erstens auf Bundesebene der VKU seit ungefähr 60 Jahren diesbezüglich ein bekannter Partner sei. Es gebe einen anderen großen Energieverband, den BDEW. Dieses seien die beiden großen Verbände, die für die Energiewirt-

schaft stimmten und diese hätten das zu den jetzt anstehenden wesentlichen Gesetzespaketen umfangreich getan. Herr Palm regt an, bei Interesse der Enquetekommission die Stellungnahmen des VKU zum Energiewirtschaftsgesetz und zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, die derzeit beraten würden, zur Verfügung zu stellen. Wichtig sei auch die Arbeit auf der Landesebene. Der Verband habe daher vor drei Jahren entschieden, die Landesarbeit einzurichten und zu stärken. Früher habe der VKU nur eine Geschäftsstelle in Nordrhein-Westfalen gehabt, wo ein Schwerpunkt im Bereich Versorgung und Stadtwerke bestehe. Dann habe es diese auch in anderen Ländern gegeben. Der VKU wolle den Landesparlamenten, den Ministerien gegenüber und den kommunalen Spitzen die Rolle der Stadt- und Gemeindewerke verdeutlichen und auch anbieten, noch stärker in diesen Sektor einzusteigen. Beispiele für Kooperationen mit mittleren Stadtwerken gebe es um Ratzeburg, Pinneberg oder Elmshorn sowie Reinbek und Itzehoe herum. Es gebe eine Tendenz, dass Kommunen eher mit den jeweiligen örtlichen Stadtwerken bei auslaufenden Konzessionen und anderen Entscheidungssituationen kooperierten. Beispielsweise im Kreis Herzogtum Lauenburg hätten sich die Ämter Berkenthin und Sandesneben-Nusse von E.ON Hanse losgesagt und seien zur VSG (Vereinigte Stadtwerke GmbH) Ratzeburg gegangen. Im Stormarner Bereich hätten sich Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek, Wohltorf über eine Kreisgrenze hinweg zusammengeschlossen. Es gebe dort den Namen E-Werk Reinbek-Wentorf. In Pinneberg gebe es solche Beispiele und in Itzehoe gebe es die Stadtwerke Steinburg. Dieses sei ein Zusammenschluss aus drei bisher vorhandenen Stadtwerken Glückstadt, Wilster und Itzehoe sowie ein paar weiteren Kommunen, die bisher nicht dazugehörten. Dieser beschriebene Prozess finde im großen Maße derzeit statt. Dieses hänge mit gewissen Unzufriedenheiten und Befindlichkeiten zusammen. Mit E.ON Hanse und früher Schleswig gebe es viele Verbindungen. Im Moment sei es schwieriger geworden und es gebe viele Auseinandersetzungen in vielen Orten. Überall bei den genannten Städten, wo E.ON Hanse verloren habe, spielten diese einen schlechten Verlierer. E.ON Hanse Sorge für alle nur erdenklichen Hindernisse bei Netzübergängen und -übertragungen, die man sich vorstellen könne. Dieses könnte eventuell auch mal ein Thema für den Landtag sein.

b) Zweiter Block

Es erhält Herr Matthias Volmari, Projektleiter der windcomm schleswig-holstein e.V. das Wort. Herr Volmari kündigt zu Beginn an, dass sein Vortrag im Wesentlichen in der von ihm schriftlich eingereichten Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/108) wiederzufinden sei. Er wolle einige Schlaglichter als Diskussionsgrundlage auflisten. Zunächst wolle er die Netzwerkagentur windcomm e.V. vorstellen. Der Vortrag gliedere sich auf in die Punkte:

- Wo gebe es bereits bestehende norddeutsche Kooperationen im Zuständigkeitsbereich der windcomm e.V.?

- Wo könnten sich mögliche Kooperationswege aus Sicht der windcomm e.V. ergeben?

- Wo seien aus Sicht der windcomm e.V. die Themen zu sehen, bei denen man vorrangig erst einmal in Schleswig-Holstein selbst tätig werden müsse, um von der Basis aus dann auch mit anderen Kooperationen abschließen zu können?

Dieses sollte als eine Art Auflistung von Schlaglichtern im Kooperationsbereich sein, die nicht abschließend sei, aber als Argumentationshilfe und -grundlage dienen könne. Er sei heute hauptsächlich als Vertreter der windcomm Netzwerkagentur und als Projektleiter sowie als Vorstandsvorsitzender der windcomm Schleswig-Holstein e.V. hier. Schwerpunktmäßig werde er daher auf den Bereich der Windenergie und auch die Frage der Zusammenarbeit im Bereich der Erneuerbaren Energien eingehen.

Die windcomm schleswig-holstein e.V. gebe es seit mittlerweile 2004. Von 2004 bis 2010 sei diese als sogenanntes Regionalmanagement für den Kreis Nordfriesland geführt worden. Darüber hinaus habe sich diese schon seit längerem als Clustermanagement, als Clusterinitiative sowie als Branchenvertretung für das gesamte Land Schleswig-Holstein etabliert. Als Projektpartner würden sich die Wirtschaftsförderungen aus Rendsburg-Eckernförde, die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel für Dithmarschen und Steinburg, die Kieler Wirtschaftsförderung und auch die Investitionsbank Schleswig-Holstein beteiligen. Diese Projektpartner würden die windcomm in der Phase vom Mai 2010 bis April 2013 unterstützen. Es gebe ein Clustermanagement für den Bereich der Windenergie in Schleswig-Holstein mit Sitz in Husum, welches mit 70 % vom Land Schleswig-Holstein gefördert werde. Die Aufgabenfelder, die hauptsächlich wahrgenommen würden, seien einmal der Bereich Offshore-Windenergie, die strategische Ausrichtung des Landes Schleswig-Holstein. Die Handlungsempfehlung, wo man in diesem Bereich noch stärker ansetzen müsse und wo das Land noch besser positioniert werden müsse, sei im letzten Jahr fertig gestellt und im Land auch im Rahmen von einigen Diskussionsforen vorgestellt worden. Im Blick habe man vordergründig auch als Land der On-Shore-Windenergie die Stärken des Binnenmarktes. Es gehe um eine stärkere Partizipation der kleinen und mittleren Firmen in diesem Bereich. In diesem Kontext gehe es um Ausweisung neuer Eignungsflächen, Windtestmöglichkeiten auch für den On-Shore-Bereich und Aus- und Weiterbildung. Dieses sei alles sei unter dem Bereich Stärkung des Binnenmarktes zu verstehen. Im Export kümmere sich die windcomm auch um Informationen für wichtige Zielmärkte für die kleinen und mittleren Firmen.

Er wolle zwei kurze Publikationen der windcomm nennen, welches diese aktuell aufgestellt habe. Die windcomm e.V. habe einen „Leitfaden Bürgerwindpark“ als Publikation herausgegeben, der sowohl regional als auch überregional sehr stark nachgefragt sei. Dieses sei ein Modell, in welchem 90 % aller Windparks in Nordfriesland ganz stark vertreten seien. Dieses sei eine ausschließlich von den Bürgern der Standortgemeinde des Windparks organisierte und betriebene und finanzierte Form. Man habe gemerkt, dass beim „Grenzübertritt“ nach Dithmarschen diese Form der Organisation nicht so stark vertreten sei. Nur 15 % aller Windparks seien dort im Übrigen reine Bürgerwindparks. Das habe die windcomm zum Anlass genommen, in diesem Bereich stärker zu informieren. Man habe in einem Leitfaden sehr detailliert aufgestellt, wie man das vor Ort selbst machen könne. Dieses gelte nicht nur für Windparks, sondern auch für Solarparks und könne auch für andere Formen der erneuerbaren Energien gelten. Dieser Leitfaden sei sehr stark nachgefragt und auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) wolle jetzt eine Auflage mit der windcomm zusammen herausgeben, um das Thema über Schleswig-Holstein hinauszutragen.

Des Weiteren gebe es eine weitere kürzlich veröffentlichte Publikation betreffend die Off-Shore-Strategie. Hier habe die windcomm sehr genau ermittelt, wo es noch Möglichkeiten im Land Schleswig-Holstein gebe, von der Offshore-Windkraft zu profitieren. Es gebe 23 Handlungsempfehlungen auf diesem 80seitigen Papier, wo die windcomm der Meinung sei, dass es dort noch erfolgreiche Marktchancen gebe. Er verweist an dieser Stelle auf die in der Präsentation aufgezählten Logos, welche zeigten, dass es sich hier auch um ein Beispiel einer Kooperationsinitiative in Schleswig-Holstein handele. Hier hätten sich alle relevanten Regionen und Institutionen zusammengefunden und gemeinsam diese Handlungsempfehlungen formuliert. Die windcomm sei auch ein bisschen stolz darauf, dass es so gut gelungen sei, übergreifend tätig zu werden und allein in Schleswig-Holstein schon eine derartige Kooperation aller Standorte hinzubekommen, die mit Offshore-Bezug arbeiteten. Die windcomm führe Veranstaltungen sowohl im gesellschaftlichen Rahmen als auch Fachwerkstätten zu bestimmten Themenstellungen und Konferenzen durch. Beispielsweise sei hier OBMC im Offshore-Bereich zu nennen. Man führe auch gemeinsame Messeaktivitäten durch. Auf großen Messen gebe es auch Gemeinschaftsstände für Schleswig-Holstein. windcomm unterstütze selbstverständlich auch aktiv die Messe Husum WindEnergy. Des Weiteren positionierte sich windcomm auch auf der größten Offshore-Konferenz, der Offshore-2011 im Oktober/November in Amsterdam. Im letzten Jahr habe man parallel als Branchenvertretung die windcomm Schleswig-Holstein e.V. gegründet mit mittlerweile 40 Mitgliedern, Firmen, Institutionen aus dem Bereich der Windenergie, welche die Arbeit der windcomm mit unterstützten. Diese stelle im Grunde eine Diskussionsplattform der Windindustrie in Schleswig-Holstein dar. Windcomm stehe in einem aktiven branchengesteuerten Dialog mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung.

Er wolle nun auf die norddeutschen Kooperationen in diesem Bereich eingehen. Er wolle ein paar Schlaglichter zu bestehenden Kooperationen anhand seiner Präsentation (Kommissionsvorlage 17/113) an die Wand werfen. Diese würden sich auch in der schriftlichen Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/108) wiederfinden. Die windcomm arbeite beispielsweise schon sehr intensiv mit der Offshore-Stiftung zusammen. Dieses sei eine hauptsächlich von den norddeutschen Bundesländern getragene Organisation. Offshore spiele insgesamt eine maßgebliche Rolle. Die windcomm arbeite dort mit und erarbeite in diesem Zusammenhang gemeinsame Stellungnahmen zur Förderung der Offshore-Windkraft in Deutschland. Diese Stellungnahmen bezogen sich auf die jüngsten Entwicklungen beim Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die entsprechenden Inhalte, welche dort mit Offshore-Bezug auch festgehalten werden sollten. Hier habe man also im probativen Maßstab schon sehr eng gemeinsam gekämpft. Es gebe auch eine Offshore-Ausstellung, welche von der Offshore-Stiftung aufgebaut worden sei. Hierfür gebe es ein extra ausgestattetes Schiff, die „Greundiek“, welche quasi alle Küstengewässer abfahre und an den Hafenstandorten über Offshore-Windkraft auch informiere. Hier sei die windcomm mit dabei und sei eingebunden.

Ein weiteres Themenfeld sei die Erstellung eines gemeinsamen Hafentatlases gewesen. Diesen habe der Zentralverband der deutschen Seehäfen (ZDS) auch maßgeblich mit Unterstützung der Offshore Stiftung erstellt. Hier habe man es auch erreicht, dass die Hafenkooperationen auch hier in Schleswig-Holstein in diesen Hafentlas mit einzubringen. Dieses sei auch eine Kooperation, wo man Schleswig-Holstein erfolgreich mit einbringen könne. Dieses sei deshalb wichtig, weil es auf der letzten maritimen Konferenz in Wilhelmshaven vorgestellt worden sei und es darum gehe, dass man nicht nur Schleswig-Holstein oder Norddeutschland darstelle, sondern dass die Kompetenz Deutschland in diesem weltweiten Wettbewerb der neuen Offshore-Windenergie existiere. Die windcomm arbeite auch mit dem Bundesverband Windenergie und seinen Landesvertretungen weitestgehend zusammen. In diesem Zusammenhang gebe es auch eine Zusammenarbeit bei den Stellungnahmen zu einzelnen politischen Fragestellungen. Die windcomm beteilige sich auch über Schleswig-Holstein hinaus mit anderen Bundesländern aber auch mit anderen angrenzenden Staaten bei internationalen Projekten in der Nordseeregion. Es habe unlängst eine Beteiligung an einem POWER-Projekt (Pushing Offshore Windenergy Region) gegeben, welches dieses Jahr auslaufe. Die Unterstützung der Offshore-Windkraft-Wirtschaft in der Nordseeregion sei wichtig. So habe es eine breite Abstimmung mit den Kollegen gegen A4 gegeben. Die norddeutschen Kollegen ebenso wie die windcomm selbst arbeiteten nur in ihrem Zuständigkeitsbereich beziehungsweise in ihrem regionalen Bereich. Es gebe Clusterinitiativen wie das EEHH, welches ein Erneuerbare-Energien-Cluster aus Hamburg sei, welches dieses Jahr erst gegründet worden sei und sich etabliert habe. Es gebe die Windenergieagentur WAB aus Bremen/Bremerhaven, welche seit

längerem erfolgreich am Markt tätig sei. Dann gebe es das seit jüngstem stärker auftretende Windenergy Network aus Rostock. Mit diesen genannten Institutionen stehe die windcomm schon jetzt in einem intensiven Austausch. Es gebe intensive Kooperation über gemeinsame Veranstaltungen oder Abstimmung auch von Veranstaltungsterminen. Man tausche sich untereinander über windenergierelevante Themen aus. Dieses seien schlaglichtartig die bestehenden Kooperationen.

Er wolle nun darauf eingehen, was aus Sicht der windcomm Schleswig-Holstein auch darüber hinaus vorstellbar sei. In den Diskussionen mit den Kollegen aus den genannten Regionen Bremen, Hamburg und Rostock erlebe er, dass von diesen jeder selbst seine eigene Interessenvertretung wahrnehme. Aus Sicht der windcomm sei es vorstellbar, dass gerade bei politischen Initiativen zur Unterstützung der Erneuerbaren Energien - über diese wolle er heute insbesondere sprechen - eine norddeutsche Interessenvertretung zur Förderung derselben entstehe. Diese könne bei politischen Rahmenbedingungen und politischen Entscheidungen zur Förderung der Erneuerbaren Energien beitragen. Insbesondere gehe es hierbei auch um die Novellierung des EEG. Die windcomm sei gerade dabei, dass die Positionierungen hier gemeinsam formuliert würden. Wichtig sei, dass man eine stärkere Positionierung des Nordens erlebe. Dieses hänge aber auch mit einer wirtschaftspolitischen Fragestellung zusammen. Es gehe um einen Wirtschaftsbereich, die in Norddeutschland, insbesondere was den Windenergiebezug angehe, besonders stark sei. Man erlebe auch Lobbybewegung für bestimmte Schwerpunktbranchen des Südens auch aus dem Automobilsektor, die ihre Vorstellungen immer sehr stark gemeinschaftlich dem Bund gegenüber präsentierten. Hier wünsche er sich, dass man in Schleswig-Holstein und mit den anderen norddeutschen Bundesländern zusammen eine starke Positionierung des Erneuerbare-Energien-Sektors und der Wirtschaft, die dahinter stecke, schaffe, um ein ganz starkes Gewicht auch beim Bund bei einzelnen Fragestellungen zu erreichen. Natürlich kämen auch einzelne Themenstellungen dann bei entsprechenden Kooperationsüberlegungen wieder hervor. In dieser Sitzung sei das Thema Netzausbau schon diskutiert worden. In den Überlegungen gebe es gemeinsame Kooperationen zur Forcierung des Netzausbaus wie beispielsweise Planbeschleunigungen unter Bundesfederführung. Man wisse aber eben auch, dass eine Planbeschleunigung nicht unbedingt gleich immer mit gesetzgeberischen Maßnahmen zu erreichen sei, sondern eben vielleicht auch mit Initiativen, die bessere Akzeptanzformen in diesem Zusammenhang schaffen. Es gelte in diesem Sinne Beteiligungsformen für die betroffenen Gemeinden und auch Bürger zu entwickeln. Die windcomm sei dabei, in Schleswig-Holstein im Rahmen einer Netzstrategie einmal aufzuführen, wie Planbeschleunigung auch ohne von oben verabreichte gesetzgeberische Fragestellung oder Vorgaben möglich sein könne. Hier seien nämlich bestimmte Modelle der Beteiligung zu erarbeiten, die einen „Mitnehmer“ hätten, um ein Mitnehmen der Bevölkerung vor Ort und der betroffenen Gemeinde zu erreichen. So solle dann eine Planbeschleunigung erreicht wer-

den. Dieses wäre aus seiner Sicht auch eine Initiative, die von den norddeutschen Bundesländern kooperativ ausgehen könnte, um auch dem Bund gegenüber zu zeigen, dass die norddeutschen Bundesländer zum einen von den Erneuerbaren Energien profitierten. Die norddeutschen Bundesländer könnten dem Bund gegenüber aber zum anderen auch zeigen, dass man Lösungsvorschläge habe, wie man verstärkt und beschleunigt den Netzausbau motiviere, der im Kontext des Ausbaus der Erneuerbaren Energien unbedingt notwendig sei. Die windcomm plädiere auch dafür, noch stärker gemeinsam für den Erneuerbare-Energien-Sektor Fördermittel und Finanzierungsprogramme beim Bund einzuwerben. Eine Sache, die kürzlich erreicht worden sei, sei eine stärkere Förderung der Speichertechnik. Dieses begrüße die windcomm sehr. Sie sei aber der Auffassung, dass dieses noch nicht ausreichend sei. Er könne sich vorstellen, dass im Rahmen einer möglichen Gesamtinteressenvertretung der gesamte Norden stärker in diesem Zusammenhang spreche. Man erlebe viele Förderprogramme vom Bund und der EU, die man gar nicht kenne. Man wisse häufig nicht, woher die Programme kämen und wohin es gehen solle. Er wünsche sich daher, dass man die Windenergiebranche stärker im Fokus habe. Ziel solle es sein, die Möglichkeiten der Branche auf dem Erneuerbare-Energien-Sektor zu betonen und sich beim Bund und der EU dafür einzusetzen, dass entsprechende Förderprogramme aufgelegt würden und diese ausreichend ausgestattet seien. In der Speichertechnik beispielsweise habe man insbesondere Pilotprojekte in verschiedenen Ebenen der Speichertechnik. Diese reichten vom Großspeicher bis zu „kleinen Großspeichern“, die zur Netzstabilisierung dienten. Dann gebe es die Unterstützung von Demonstrationsvorhaben. Es gebe in Norddeutschland hierzu einige gute Beispiele, die man noch stärker unterstützen müsse.

Die windcomm würde auch eine gemeinsame Initiative zur Verteilung der zukünftigen Gewerbesteuern im Offshore-Windparkbereich begrüßen. Er gehe davon aus, dass der eine oder andere dieses Thema schon einmal gehört habe. Es sei die Frage zu klären, wo die nicht unerheblichen Gewerbesteuereinnahmen aus den Offshore-Windparks landen sollten. Der Bund wolle diese sicherlich auch für sich vereinnahmen. Hier wäre aus seiner Sicht eine Kooperation mit den andern norddeutschen Bundesländern sinnvoll, um sicherzustellen, dass diese Gewerbesteuern auch bei den norddeutschen Bundesländern als hauptsächlich betroffene Regionen im Offshore-Bereich verblieben. Diese sollten dort zielgerichtet auch gleich zur Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen genutzt werden können.

Er führe ein norddeutsches Gemeinschaftsangebot im Windtestbereich deshalb mit auf, weil er merke, dass die einzelnen Firmen immer in jedes einzelne Bundesland wanderten und überall die gleichen Windtestforderungen hätten. Notwendig sei aus Sicht der windcomm eine Abstimmung von norddeutschen Ländern im Windtestbereich, um den Firmen auch gemeinsame Angebote in diesem Bereich anbieten zu können. Darüber hinaus denke er auch, dass es

sinnvoll sei, ohne sich gegenseitig in Norddeutschland zu behindern, im Bereich der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Windenergiebereich sich eng abzustimmen. Es gebe auch in Schleswig-Holstein ein paar Initiativen in diesem Zusammenhang, die eigentlich nach seiner Auffassung beziehungsweise der Auffassung der windcomm stärker woanders einfließen. Es drohe sonst die Gefahr, dass die Musik in diesem Bereich woanders spiele. Es gebe die Initiative im Hochschulbereich der Forschungsgenossenschaft zum Aufbau eines Institutes für Windenergiesystemtechnik in Schleswig-Holstein. Er wolle hier offen sagen, dass man dieses in Schleswig-Holstein alleine nicht schaffen werde. Hier brauche man auch die Unterstützung anderer norddeutscher Bundesländer, um sich dieses wichtigen Themas zu widmen. Diese hätten auch ihre Schwerpunktbereiche in Forschung und Entwicklung. Schleswig-Holstein habe diese auch und müsse sie offensiv in diesem Zusammenhang einfordern.

Er könne sich eine weitere Initiative vorstellen: Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch der Aufbau von Kompetenzen bei der Finanzierung von Windenergieprojekten im Bereich Offshore. Dieses sei das Haupthindernis zurzeit. Man müsse schauen, wie es sich nach der EEG-Novellierung entwickle. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass es keine Alleinfinanzierung von Finanzkreditinstituten gebe. Es gebe auch keinen Königsweg bei der Finanzierung im Offshore-Bereich und dieses sei derzeit das Haupthindernis bei der Umsetzung. Auch hier könne man mit der Expertise, die man im Offshore-Bereich reichlich gemacht habe, vielleicht dazu beitragen, die Kompetenzen bei der Finanzierung von Offshore-Projekten zu stärken. Wichtig sei es aus seiner Sicht, die Projekte zur Umsetzung zu bringen und zu zeigen, was man an Lösungsmöglichkeiten bei dieser Form der Erneuerbaren Energien eben auch aufbauend vorzuweisen haben. Dieses könne ausstrahlen als Kompetenz aus Norddeutschland in andere Regionen und in andere Länder in Europa. Man könne sich genau diese unterschiedlichen Fragestellungen, einmal als Klammer zusammengefasst, durchaus in einer Kompetenzregion für Erneuerbare Energien, vielleicht in einem Kompetenzzentrum, wenn man es als Institution noch aufnehmen möchte, vorstellen. Man könne sehen, dass es umfangreiche Themen gebe, die alle angehen würden. Man hätte als Region Schleswig-Holstein dann auch die Möglichkeit, seine eigenen Themen dort zu besetzen und aus der Position der Stärke heraus seine eigenen Lösungsvorschläge und seine Themen anzubringen und hätte auch die Möglichkeit gehört zu werden. Hier könnten abgestimmte Themen stattfinden, die auch in einem gemeinsamen Marketing enden könnten. Wichtig sei ein gemeinsames Marketing auch für einen Ansiedlungswettbewerb. Er wolle darauf hinweisen, dass man sich nicht mehr in einem Wettbewerb innerhalb von Deutschland befinde, sondern gerade im Offshore-Bereich befinde man sich auch in einem Ansiedlungswettbewerb mit ganz anderen Regionen. Hier gebe es beispielsweise den skandinavischen, den britischen Bereich und die Benelux-Länder. Es tue schon ganz gut, wenn man eine starke Stimme aus Norddeutschland auch wahrnehmen könne, die dann auch über gemeinsame Marketingaktivitäten wahrgenommen werden könne.

Im Umkehrschluss wolle er auch noch kurz auf die Themen eingehen, wo die windcomm der Meinung sei, dass diese vorrangig erst einmal in Schleswig-Holstein bearbeitet werden sollten und gegebenenfalls als Kompetenz in einem gesamten norddeutschen Kooperationsbereich mit eingebracht werden könnten. Er habe in seiner Präsentation (Kommissionsvorlage 17/113) eine schlaglichtartige Aufführung der Themen, welche er für sinnvoll und wichtig erachte. Es gehe beispielsweise auch darum, dass man natürlich in der Kooperation maßgeblich nur wahrgenommen werden könne, wenn man sich im Offshore-Bereich selbst positioniert habe. Er nimmt Bezug auf die bereits angesprochenen 23 Handlungsempfehlungen im Offshore-Bereich. Er sei der Auffassung, dass man in Schleswig-Holstein selbst erst einmal die Positionierung hinbekommen müsse, um dann im Offshore-Bereich mit anderen in einer Liga zu spielen. Man könne bei der Frage der Ansiedlung auch als Region für Aktivitäten wie beispielsweise Servicewartungsleistungen wahrgenommen werden.

Ein ganz wichtiger Punkt sei aus seiner Sicht in diesem Zusammenhang als bereits existierende Initiative eine Hafenkooperation. Man habe in Schleswig-Holstein gezeigt, dass man in der Lage sei, kooperativ zu arbeiten. Es gebe einen Zusammenschluss aller maßgeblichen Häfen an der Nordsee und am Nord-Ostsee-Kanal zur gemeinsamen Positionierung im Offshore-Bereich. Aus seiner Sicht sei dieses ein gutes Beispiel, wie es auch im Land gelingen könne, kooperativ zu sein. Schleswig-Holstein sei das Land, wo Aus- und Weiterbildung im Windenergiebereich eigentlich zu Hause sei. Man müsse aber auch hier schauen, wie es gelinge, ein Ausbildungszentrum für die Offshore-Windkraft ins Land zu bringen. Es sei ein Muss, wenn man die Windparks hier vor der Tür haben werde und man ein starkes Land im Windkraftbereich schon sei, dieses als nächsten Schritt auf den Offshore-Bereich auszudehnen. Natürlich müsse man schauen, wie man die Eignungsflächen für Windenergie möglichst beschleunigt und zielstrebig zur Umsetzung, um die auch in den Regionalplänen kurzfristig rechtskräftig werden zu lassen. Der windcomm schwebte auch vor, bei den Themen Akzeptanzsteigerung und Verbesserung der Beteiligung der Bevölkerung nach einem bestimmten Modell, eine Beschleunigung von Plangenehmigungsverfahren auch im Land selbst zu erreichen. Es gelte hierbei, nicht nur zu ändern zu schauen, sondern auch hier selbst Maßstäbe zu setzen, mit denen man glänzen könne. Man müsse nach außen sagen können, dass dieses funktioniere beziehungsweise, dass man es schneller könne und den Weg aufzeigen könne, wie das funktioniere. Auch diesbezüglich wäre eine Aktivität in Schleswig-Holstein wünschenswert.

Herr Volmari wolle als Husumer in diesem Gesamtkontext darauf hinweisen, dass es äußerst wichtig sei, dass die Husumer Windenergiemesse in Husum bleibe. Der windcomm wäre sehr daran gelegen, wenn man zwar kooperativ denke, sich aber nicht die weltgrößte Windmesse einfach aus dem Land wegnehmen lasse. Wünschenswert sei, dass man sich insgesamt dafür einsetze, dass die Fachmesse auch langfristig in Husum bleibe. Die genannte Arbeit könne

man aus seiner Sicht im Land Schleswig-Holstein nur dann selbst federführend durchführen, wenn man hier auch ein starkes Windenergiecluster habe, um die Themen zu bearbeiten. Es gebe die Windcommunity Schleswig-Holstein, an der natürlich windcomm aber auch die Forschungsgenossenschaft Seawind beteiligt sei. Man sei froh, dass es unter dem Dach Windcommunity Schleswig-Holstein gelungen sei, die verschiedensten Institutionen und auch Firmen einzubinden, um gemeinsam Themen zu positionieren und zu bearbeiten sowie gemeinsame Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Situation in Schleswig-Holstein aufzuzeigen. In seiner Präsentation (Kommissionsvorlage 17/113) könne man die ganze Palette an Institutionen im Land sehen, die in diesem Bereich tätig seien. Dieses sei schon erst einmal ein Meilenstein der Kooperation im Land, wo es gelungen sei, dieses federführend mit zu bearbeiten.

Eine gute bereits existierende Kooperation sei die Hafenkooperation Nordsee SH der Offshore-Häfen. Dieses seien die Häfen, wo gemeinsam Angebote für Produktion, Logistik und Service im Offshore-Bereich formuliert würden. Dieses würde von den Unternehmen in diesem Bereich besonders geschätzt. Sonst gebe es vielfach auch ein Vorpreschen Einzelner aus der Branche. Allerdings könne man gemeinsam mehr erreichen. Das was einer nicht könne, das könne man zusammen tun. Man biete alle Leistungen der gesamten Wirtschaft im Offshore-Bereich von Schleswig-Holstein aus unter Einbindung aller Standorte und auch unter Einbindung logistischer und maritimer Systeme an. Dieses seien Systeme, die man in Schleswig-Holstein selbst auch entwickelt habe, sodass alle teilnehmenden Häfen angelaufen werden könnten. Dieses sei aus seiner Sicht ein Beispiel, was Schule machen solle. Es sei im Land umgesetzt worden und könne als erfolgreiches Beispiel für eine Kooperation über Schleswig-Holstein hinaus nach außen getragen werden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zum Abwerbeversuch bezüglich der Husum WindEnergy antwortet Herr Volmari, dass nach seiner Kenntnis zugesichert sei, dass in 2012 und 2014 die Windenergiemesse in Husum stattfinde. Man sei nicht davor gefeit, dass sich ein anderer Standort auch mit finanzieller Unterstützung der eigenen Landesregierung, die einen Ort als Messestandort etablieren möchte, durchsetze. Die windcomm wisse, dass aus den neu gegründeten Energieclustern in Hamburg heraus versucht werde, eine Windenergiemesse in Hamburg aufleben zu lassen. Es werde zwar gesagt, dass aus den Firmen heraus immer wieder die Diskussion aufgeworfen werde. Er könne sich aber vorstellen, dass man dieses nur so sage. Es bestehe der Wunsch, dass das Land unterstütze, dass die Messe in Husum bleibe.

Auf eine Frage des Abg. Detlef Matthiessen zu einer möglichen Kooperation Richtung Niedersachsen beispielsweise nach Clausthal-Zellerfeld und Oldenburg, einer möglichen Zusammenarbeit mit der Netz AG sowie einem länderübergreifenden Forschungsverbund in Norddeutschland antwortet Herr Volmari, dass Kooperationen der Wissenschaft bei For-

sung und Entwicklung im Windenergiebereich Sache des Netzwerkes CEwind sei, welches bereits eine Stellungnahme für die Enquetekommission (Kommissionsvorlagen 17/90 und 17/91) abgegeben habe. Dieses sei ein Kompetenznetzwerk von 13 Hochschulen in diesem Bereich mit einem eigenen Geschäftsführer, Herrn Wiese, und einer eigenen Organisationsform, die sich um Kooperationen in diesem Bereich kümmere. windcomm selbst sehe sich demgegenüber eher als Vertreter der Windenergiebranche. Die Interessen der Wirtschaft lägen sicherlich auch im Ausbau von Forschung und Entwicklung. Er wolle aber bezüglich dieser Fragen lieber auf die Kollegen verweisen, die den Sachverstand im Forschungs- und Entwicklungsbereich hätten. Diese hätten auch die länderübergreifenden Aktivitäten in der Hand, wenn es um Kollegen in Oldenburg und Clausthal-Zellerfeld gehe. In Oldenburg gebe es auch ein Kompetenzzentrum für Windenergie. Aus seiner Sicht sei es aber auch wünschenswert, dass es in Schleswig-Holstein einmal gelinge, so dienlich wie es in Niedersachsen auch sei, einmal Maßstäbe zu setzen. Denkbar sei das bereits genannte Institut für Windenergiesystemtechnik. Wichtig sei es einen Schwerpunkt der Windenergieforschung zu schaffen. Im Ausbildungsbereich des akademischen Sektors gebe es den Windmasterstudiengang in Flensburg und Kiel. Wichtig seien aber eben auch Forschungs- und Entwicklungsleistungen. Dieses sei zugegebenermaßen schwierig, wenn man keine Technische Universität habe. Trotzdem gebe es Fachbereiche, die man zusammenfassen und so ein Institut ins Leben rufen könne. Dieses könne ein Pendant zu den anderen Regionen sein, die auch ihre eigenen Schwerpunkte im Forschungs- und Entwicklungsbereich hätten. Dieses könne er sich vorstellen und dieses könne auch Thema in einer länderübergreifenden Forschungsinitiative sein. Herr Volmari beantwortet die Frage zur Zusammenarbeit mit der Netz AG dahingehend, dass es hier eine sehr intensive Zusammenarbeit gebe. Die von ihm angesprochene Mehrstrategie, die nicht alle Themen im Netz abwickle und Themen, an denen schon viel gearbeitet werde wie der Trassenfindung et cetera, werde die Zusammenarbeit nur der Vollständigkeit halber aufgeführt. Bei Beschleunigung von Planungsprozessen und bei Netztechnikdebatten, wo es noch offene Fragestellungen gebe, da arbeite die windcomm im Rahmen seiner Netzstrategie sehr eng mit der Netz AG zusammen.

Der Abg. Detlef Matthiessen weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit der Netz AG in der schriftlich eingereichten Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/108) nicht auftauche.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zur Einbeziehung des Hafens in Esbjerg sowie weiteren Anstrengungen im Bereich Hafenkooperation und Offshore antwortet Herr Volmari, dass Kontakt mit Partnern in Dänemark insbesondere sei hier Havneby zu nennen, weil das auch sehr nahe zur schleswig-holsteinischen Küste liege. bestehe. Auch zu den Esbjergern Kollgen gebe es Kontakt. Eine andere Fragestellung sei aber, ob es eine Kooperation sei, wenn sich die Partner auf unterschiedlicher Augenhöhe begegneten. Die windcomm sei der Auffassung,

dass es sich immer lohne mit den Kollegen zu sprechen. Aber diese sei auch der Meinung, dass man auch erst einmal in Schleswig-Holstein ein Angebot offerieren könne und müsse, um das eigene Interesse wahrzunehmen. Er wolle ganz offen als Wirtschaftsförderer sagen, dass ihm für seine Region und auch für Schleswig-Holstein daran gelegen sei, dass 8 Milliarden € für die Küste im Norden investiert würden und dass auch etwas im Land Schleswig-Holstein hängen bleibe müsse. Es finde im Grunde genommen eine Investition in sehr umfangreichem Maße statt, wie man es sonst in einer konzertierten Aktion nicht erlebe und nie mehr erleben werde. Wenn es hier nicht gelinge, in irgendeiner Hinsicht Wirtschaft und Arbeitsplätze auch nach Schleswig-Holstein zu lenken, dann habe man ein Problem. Zu der zweiten Frage antwortet Herr Volmari, dass hier noch kein ausreichendes Maß im Bereich Hafenkooperation und Offshore erreicht sei. Man sei auf dem richtigen Wege, um beispielsweise auch den Standort Brunsbüttel für bestimmte Themenstellungen im Offshore-Bereich zu positionieren sowie auch den Hafenbereich von Helgoland. Darüber hinaus gebe es beispielsweise eben auch Nachfragen konkreter Art nach Reaktionshäfen, wie dieses bei Hörnum der Fall sei, nach Versorgungshäfen, wie es in Büsum und in Husum der Fall sei. Hier müsse die Gesamtpalette noch stärker in den Vordergrund gerückt werden, um mit gemeinsamer Unterstützung diese Standorte und deren Positionierung hervorzuheben.

Auf eine Frage der Abg. Langner zum Thema Hafenkooperation in länderübergreifender Perspektive antwortet Herr Volmari, dass diese Frage nicht einfach zu beantworten sei, weil man nicht genau wisse, wie dieses in den einzelnen potenziellen Regionen gesehen werde. Kooperationen seien von den Partnern, egal, ob es die dänischen oder diejenigen in Bremerhaven und Cuxhaven seien, gerne gesehen. Man müsse berücksichtigen, dass einige der potenziellen Kooperationspartner für diesen Bereich teilweise schon sehr stark aufgestellt seien. Wenn ein Partner wenig zu bieten habe und auf der Seite ein riesiges Angebot mit umfangreicher Unterstützung aus der Region sei, lasse sich immer einfach kooperieren. Der windcomm sei eher daran gelegen, auch einmal ein gleich starkes Angebot zumindest in den noch möglichen Bereichen zu schaffen, um im gesamten Kontext auch im Wettbewerb wahrgenommen zu werden. Aus seiner Sicht müsse man irgendwann auch selbst einmal selbstbewusst sagen, dass man jetzt auch in Schleswig-Holstein eine Rolle spielen wolle. Man müssen denen, die bereits einen gehörigen Teil des Marktes beherrschten, gegenüber signalisieren, dass man genauso „Betroffener“ sei und errichtungsoffen für Windkraft. Man müsse klarstellen, dass man auch Anspruch auf Marktanteile in diesem Bereich erhebe. Es gebe Nachfrage in den entsprechenden Bereichen, wo sich aus seiner Sicht Schleswig-Holstein noch positionieren könne. Es sei keineswegs so, dass die Leistungen rund um die Errichtung von Offshore-Anlagen auch ohne weiteres woanders abgedeckt werden könnten. Im Bereich von Fundamentfertigung, Turmfertigung et cetera habe die windcomm genau analysieren können, dass es noch mehr Nachfrage gebe als das, was an Produktionskapazitäten vorhanden sei. Diese Betrachtung schließe be-

reits die Kapazitäten in den Regionen mit ein, die sich bereits schon positioniert hätten. Das bedeute, dass es sich in Schleswig-Holstein noch lohne, hier anzusetzen. Im Service- und Wartungsbereich sei dieses ebenso. Es gebe diesbezüglich beispielsweise die Alternative, dass die Insel Helgoland von Cuxhaven aus versorgt werde oder von Schleswig-Holstein aus. Hier spreche er sich dafür aus, wenn es sich schon um schleswig-holsteinische Offshore-Windparks handle, die es ja schließlich vor Helgoland gebe, dann müsse man es auch erreichen können, dass diese von Schleswig-Holstein aus versorgt würden. Dieses sollte aus seiner Sicht zukünftig der Fall sein. Dann müsse man aber auch die entsprechenden Hafenstandorte ins Rennen schicken, um die Möglichkeiten für eine Ansiedlung zu schaffen.

Auf eine Frage der Abg. Langner zu den Marktchancen im Ostseeraum für Schleswig-Holstein im Offshore-Bereich antwortet Herr Volmari, dass dieses unterschiedlich zum Nordseebereich zu betrachten sei. Was Service- und Wartungsleitungen oder Offshore-Basisleistungen angehe, sei es sehr schwierig, weil die Windparks in der Ostsee doch sehr stark der mecklenburgischen Küste oder der skandinavischen Küste zugeschlagen werden könnten. Diese lägen relativ weit entfernt. Es gebe aber die Möglichkeit des Profitierens von den Ostseehäfen in ganz anderer Art und Weise, nämlich beispielsweise mit den Werften. Man erlebe dieses bei HDW oder auch auf dem HDW-Gelände, dass es eine gute Positionierung im Offshore-Bereich gebe. Er sei erst in der letzten Woche bei der Nobiskrug-Werft in Rendsburg gewesen. Man könne erstaunt sein, dass es dort schon gelungen sei, Offshore-Aufträge zu generieren, beispielsweise für zwei Transformatorplattformen für den Baltic-Windpark in der Ostsee sowie für einen Windpark im Nordseebereich. Das bedeute, dass es eine Firma von der Ostseeküste geschafft habe, mit der Errichtung von Transformatorplattformen größere Aufträge hier ins Land zu bringen. Das bedeute, dass die Positionierung dieser Region eher über die Kompetenzen vorhandener Firmen gerade im Werftbereich geschehe. Darüber hinaus könne er noch berichten, dass es in Lübeck beispielsweise gelungen sei, einen Turmhersteller anzusiedeln. Die Ansiedlung sei noch nicht vollzogen, jedoch der Kauf. Die Firma KGW Schweriner Turmbau, die auch im Offshore-Bereich Türme fertigen wolle, habe sich auf dem ehemaligen Energiegelände am Skandinavienkai in Kiel niedergelassen, sodass dort die vorhandene Liegenschaft der Türöffner für eine Produktion in diesem Bereich gewesen sei.

Auf eine Frage des Abg. von Abercron zu einer möglichen Kooperationslösung mit der TU Harburg im Windenergiebereich antwortet Herr Volmari, dass die Kooperation möglich sein müsse. Kompetent hier Auskunft zu geben, sei aber CEwind. Aus seiner Sicht lohne sich bei einem Institut für Windenergiesystemtechnik eine norddeutsche Kooperation. Es habe kürzlich ein Referat im Wirtschaftsministerium gegeben. Die Verantwortlichen seien an diesem Thema dran.

Auf eine weitere Frage des Abg. von Abercron antwortet Herr Volmari, dass es momentan einen Erlass in Schleswig-Holstein gebe, dass die Gewerbesteuern aus den Offshore-Windenergie-Parks an Helgoland gingen. Es sei abzusehen, dass der Bund irgendwann kommen werde, und hier Begehrlichkeiten habe. Bei der Positionierung in dieser Frage sei eine norddeutsche Abstimmung notwendig. Zu berücksichtigen sei, dass im Rahmen der Energiewende und des Ausbaus der Windenergie die infrastrukturellen Lasten bei den norddeutschen Ländern blieben. Auch seien hier die Flächenländer Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sehr stark gefragt. Dieses dürfe nicht zu Lasten dieser Länder gehen. Insoweit sei hier auch über entsprechende Ausgleichsmechanismen zu reden.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau zu Paketlösungen und Win-win-Situationen bei Kooperationen antwortet Herr Volmari, dass die Bürger in jedem Fall einzubinden seien. Wichtig seien neue Akzeptanzmodelle. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, dass die Messe Husum WindEnergy in Schleswig-Holstein bleibe.

Herr Palm ergänzt in diesem Zusammenhang, dass Norddeutschland sich bei der Interessenvertretung im Energiesektor engagieren müsse. Die Frage der Netzausbaukosten dürfe nicht auf den Schultern der norddeutschen Bundesländer liegenbleiben. In diesem Zusammenhang seien die Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen nicht am Drücker. Es müsse daher einen bundesweiten Finanzverteilungsmechanismus geben.

Auf eine Frage der Abg. Nicolaisen zu einem Netzausbau ohne gesetzliche Grundlage antwortet Herr Volmari, dass es eine Initiative zusammen mit der AG Netz gebe. Hier gebe es eine gemeinsame Expertise. Wichtig sei in diesem Zusammenhang eine Beteiligung der Bevölkerung, um transparente Prozesse zu schaffen.

Auf eine Frage des Herrn Jorkisch antwortet Herr Volmari, dass die KIWI in Kiel ein fester Partner sei. Auch die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB SH) sei ein wichtiger Partner. Es sei in diesem Zusammenhang ein Zusammenschluss gelungen. Wichtig sei, dass alle Landesteile Berücksichtigung finden würden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Diskussion der Ergebnisse

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgelassen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Benennungen für die Sitzung am 27.06.2011 möglichst bald an die Geschäftsführung gegeben werden sollten.

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, schließt die Sitzung um 15:55 Uhr.

gez. M. Matthießen
Vorsitzender

gez. T. Warnecke
Geschäfts- und Protokollführer